

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Kurt Schönlank  
Herausgeber: Kurt Schönlank  
Redaktion: Kurt Schönlank  
Vertrieb: Kurt Schönlank

Verleger: Dr. Kurt Schönlank  
Herausgeber: Kurt Schönlank  
Redaktion: Kurt Schönlank  
Vertrieb: Kurt Schönlank

Verleger: Dr. Kurt Schönlank  
Herausgeber: Kurt Schönlank  
Redaktion: Kurt Schönlank  
Vertrieb: Kurt Schönlank

## Hindenburg über die politischen Verbrechen

### Die Reichsregierung wartet weiter ab

Berlin, 19. Juli. In einem Schreiben an den Reichspräsidenten hat der frühere mecklenburgische Minister Müller auf Heuerungen Hitlers in Weimar verwiesen, die besagten, daß hinter der „bürgerlichen Parole der Ruhe und Ordnung die Falschheit, Halbheit und Schwäche“ lag verberge. Gegenüber diesen Heuerungen erklärte Müller, es sei unerträglich, wenn man den Wunsch nach innerer Ruhe und staatlicher Ordnung für „seig“ erkläre.

Der Reichspräsident hat auf dieses Schreiben erwidert, er würdige die vaterländischen Beweggründe, die Müller zu seinen Darlegungen veranlaßt haben. Im einzelnen lägen die Dinge vielfach anders, als sie in den Zeitungen geschildert würden. Er werde aber, so schließt die Erklärung Hindenburg, „die weitere Entwicklung auch fernerhin sorgfältig prüfen und wenn tatsächlich diese politischen Zusammenhänge einen weiteren Umfang annehmen und zur Gewohnheit werden, nicht zögern, mit geeigneten Maßnahmen einzugreifen“.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist mit weitergehenden Verordnungen der Reichsregierung, die unter anderem eine stärkere und schnellere Bekämpfung des unbefugten Waffensammelns betreffen, im Augenblick noch nicht zu rechnen. Die Reichsregierung will erst die Wirkung des Demonstrationsverbots abwarten.

### Die Bischöfe an die Reichsregierung

Breslau, 19. Juli. Im Namen der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberbischöfe hat Kardinal Verxtraum (Breslau) an den Reichspräsidenten und den Reichsinnenminister ein Schreiben gerichtet, das die Reichsregierung dringend ermahnt, in den letzten Wochen vor der Reichstagswahl dem überhandnehmenden Terror der radikalen Parteien mit durchgreifender Strenge entgegenzutreten. Eine nachsichtige Behandlung solcher Zustände würde die Untergrabung seiner Achtung der Staatsautorität zur Folge haben, die heiligste Gebot der christlichen Ordnung ist. Im Inland und Ausland, heißt es in dem Schreiben, werde es auf das Schmerzlichste empfunden, wie verrohend und entwürdigend ein solches Treiben auf weitestehende Kreise, namentlich auf die heranwachsende Jugend, wirkt, deren ethische Bildung leichter freis als höchste der staatlichen Aufgaben betrachtet wurde.

### NSDAP und Demonstrationsverbot

München, 19. Juli. In dem Demonstrationsverbot der Reichsregierung schreibt die „Nationalsozialistische Korrespondenz“ unter anderem folgendes: Wir Nationalsozialisten haben keine Ursache, die Bestimmungen der neuen Verordnung, in der wir eine ernste Maßnahme gegen den unerträglichen roten Terror erblicken möchten, als gegen uns gerichtet anzusehen. Wir werden dafür sorgen, daß auch die letzten vierzehn Tage des Wahlkampfes in ruhigen und Versammlungen das wohlbekannte Bild der disziplinierten nationalsozialistischen Massen zeigen werden. Sollte allerdings die Maßnahme des Kabinetts Papen dazu bestimmt oder geeignet sein, den sozialdemokratischen Parteipräsidenten der schwarz-roten Länder eine Handhabe zu geben, die von uns mißbraucht erkämpfte Propagandaarbeit zu erleichtert zu sabotieren, so wird die heutige Reichsregierung sich klar darüber sein müssen, daß es dann für die NSDAP nur noch eine allerhöchste Kampfmöglichkeit geben könnte. Wir werden die Taten des Kabinetts ebenso abwarten wie bisher, und hoffen, bald einwandfrei feststellen zu können, ob hinter der neuen Verordnung wirklich der Wille steht, die marxistischen Mordzentralen auszuräumen oder nicht vielmehr der Wille des Herrn Severina, dem verhassten Nationalsozialismus die gefährliche Propagandawaffe noch in der letzten Minute aus der Hand zu winden, was bekanntlich der einzige Zweck der roten Mordbroschüre der letzten Tage gewesen ist.

### Zusammenstöße in und bei Schneidemühl

Schneidemühl, 19. Juli. Am Montagabend aberfiel vor dem Gewerkschaftshaus eine größere Gruppe von Kommunisten ohne jede Veranlassung drei Nationalsozialisten, von denen ein Älterer Herr schwere Kopfverletzungen erlitt und dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Als SA-Leute und Polizei herbeieilten, waren die Täter verschwunden. In weiteren Zusammenstößen kam es in der Provinz in Schlopp anlässlich eines SA-Kurses. Einzelne Nationalsozialisten wurden von Kommunisten vom Wege gerissen und mißhandelt. Auf beiden Seiten gab es mehrere Schwerverletzte. Sieben Kommunisten wurden verhaftet.

### Stahlhelmer niedergestochen

Regels, 19. Juli. Nach Schluß einer Kundgebung der Offenern Front bewegte sich ein Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. In der Nähe des Stahlhelms auf dem Westwall kam es dabei zu einem Zwischenfall. Ein dort stehender Stahlhelmmann wurde von einem Jungteil-

nehmer durch einen Messerstich schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen.

### Ein Heftblatt verurteilt

Riel, 19. Juli. Das Landgericht verurteilte heute in dem Prozeß Hitler gegen die sozialdemokratische „Schleswig-Volkszeitung“ das Heftblatt „Dem Volk“ zu einer Geldstrafe von 1000 Mark. Dem Heftblatt, Herausgeber Wurb, wird die Verleumdung einer vom Gericht feststehenden Geld- oder Haftstrafe verboden, in der „Schleswig-Volkszeitung“ zu behaupten, Hitler habe den Bürgerkrieg vorbereitet, er habe Vorkriegsmittel und die Aufforderung erlassen, Waffen und Lebensmittel zu rekurieren und die öffentlichen Gebäude und Kasernen zu besetzen.

### Die Konferenz der Landwirtschaftsminister

Berlin, 19. Juli. In München begann heute die bereits vor einigen Tagen angekündigte Konferenz der Ernährungsminister der deutschen Länder, die vom Reichsernährungsminister von Braun geleitet wird und sich auf über zwei Tage erstreckt. Gegenstand der Besprechungen sind alle noch der Lösung zuzuführenden agrarpolitischen Fragen, wie die Erntefinanzierung, Kreditfragen, der Schutz der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, die Fragen des Obst- und Gartenbaues, der Holzwirtschaft usw. Eine speziell für Bayern wichtige Frage, nämlich die Ausdehnung der Hilfe auf die bayerischen Notgebiete, ist bekanntlich bereits durch Notverordnung des Reichspräsidenten geregelt worden. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen, deren Charakter als vertraulich bezeichnet wird, wird erst nach ihrem Abschluß am Mittwoch eine amtliche Mitteilung ausgeben werden.

### Abbau in der Reichskanzlei

Berlin, 19. Juli. Aus organisatorischen Gründen ist in dem Haushaltsplan für 1932 die Stelle des Ministerialdirektors in der Reichskanzlei nicht mehr vorgesehen. Infolgedessen hat der Reichspräsident den bisherigen Inhaber dieser Stelle, Herrn Ministerialdirektor Dr. von Dagenow, in den einwilligen Ruhestand versetzt. Die hiermit eingeleiteten Veränderungen in der Reichskanzlei haben ferner zum Fortfall der Stellen von zwei beamteten Hilfsarbeitern geführt.

### Brüning als Wahlredner

Freiburg i. Br., 19. Juli. Dr. Brüning führte in einer Zentrumskundgebung aus, er habe nicht ohne Grund das Wort von den 100 Metern vor dem Ziel gesprochen und nicht ohne Grund auch die fünftägige Reichsregierung auf seinen politischen Standpunkt vor dem Auslande festgelegt. Denn er habe damals schon gewußt, daß er seinen Posten nicht werde halten können. Wenn der frühere deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht es so darstellte, als ob man in Lausanne durch Handeln alles erreicht habe, während früher mit Schulden gearbeitet wurde, so müsse er darauf erklären, daß viel Handeln in Lausanne nicht mehr notwendig war, nachdem zwei der hauptbeteiligten Mächte nach Verhandlungen mit ihm — Dr. Brüning — bereits erklärt hätten, daß sie für restlose Schuldentilgung seien. Dr. Brüning kritisierte dann die neue Reichsregierung, die sich damit begnüge, die bereits druckfertigen und zur Unterschrift bereiteten Verordnungen aus den Schreibtischen der Regierung Brüning zu nehmen und nach drei und vier Wochen schlagartig in Kraft zu setzen.

Dr. Brüning wandte sich dann scharf gegen die NSDAP. Die Diktatur einer einzigen Partei werde sich das deutsche Volk nie gefallen lassen.

Mit diesen Ausführungen widerlegt Dr. Brüning Schlagend die Parole, mit der seine Bundesgenossen von der „Eisernen Front“ den Wahlkampf führen; denn er behauptet, daß die von der Regierung Papen herausgegebenen Finanznotverordnung kein Werk ist. Wenn die Sozialdemokratie weiter vertritt, die Verantwortung dafür der nationalen Opposition zuzuschreiben, dann wird man sie immer wieder auf dieses Bekenntnis Brüning's hinweisen müssen.

### Die Reichsliste der Nationalsozialisten

München, 19. Juli. An erster Stelle des Reichswahlvorschlages der NSDAP (Hitlerbewegung) stehen laut Nationalsozialistischer Korrespondenz (NSK): Regierungsrat Dr. Wilhelm Fick (München), Apotheker Gregor Straßer (München), Schriftsteller Dr. Joseph Goebbels (Berlin), Generalleutnant a. D. Ritter v. Epp (München), Hauptmann a. D. Herm. Goering (Berlin), Dipl.-Ing. Gottfried Feder (Wurzburg), Handlungsgehilfe Franz Stöck (Berlin-Steag), Hauptschriftleiter Alfred Rosenberg (München), Schriftsteller Graf Ernst zu Reventlow (Völsdam), Oberst a. D. Konstantin Dierl (München), Major a. D. Walter Buch (Solln), Staatsminister Dietrich Klages (Braunschweig), Pfarrrer a. D. Ludwig Rahnmeier (Düsseldorf).

### 15 Todesopfer in Altona

Altona, 19. Juli. Nach Mitteilung des städtischen Pressesamtes Altona hat sich durch den Tod eines weiteren Nationalsozialisten die Zahl der Todesopfer bei den Unruhen am Sonntag auf 15 erhöht.

## Reichskommissar Srup über den Arbeitsdienst

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Juli. Der zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannte Präsident der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung, Dr. Srup, äußerte sich heute vor Pressevertretern über den Dienst, in dem er den freiwilligen Arbeitsdienst nunmehr durchzuführen gedenkt. Dr. Srup stellte an die Spitze seiner Ausführungen die Feststellung, daß der freiwillige Arbeitsdienst nicht mehr ausschließlich eine Beschäftigungsaussicht sei für die arbeitslose Jugend, sondern vielmehr ein Mittel für die Volkswirtschaft zusammenzufassen soll. Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes soll und muß die ernsthafte Arbeit stehen.

Alle Erfahrungen zeigten, daß die Jugend selbst nach praktischer Betätigung ihrer aufgeschickerten Kräfte verlange.

Weiter solle der Arbeitsdienst an der körperlichen und geistigen Erhaltung und Gesundung der Jugend mitarbeiten. Es sei schon an sich ein Erfolg des Arbeitsdienstes, daß die jungen Menschen aus den Steinmauern der Städte in eine naturverbundene Tätigkeit hinausgeführt werden. Entscheidend für das Gelingen dieser Ziele sei aber die Lösung der Führerfrage. Schematismus und Bürokratismus wären gerade auf diesem Gebiete von größtem Uebel. Die selbst nach Disziplin und Unterordnung verlangende Jugend stelle auch Anforderungen an ihre Führer. Sie wolle keine Vorgesetzten, sondern Menschen mit natürlicher Führerbegabung.

Dr. Srup hob dann weiter nachdrücklich hervor, daß für den freiwilligen Arbeitsdienst auch künftig nur ausführende Arbeiter in Frage kommen, daß nicht daran gedacht ist, auf dem Wege des Arbeitsdienstes etwa eine neue Verengung des Arbeitsmarktes vorzunehmen. In finanzieller Hinsicht stehe dem freiwilligen Arbeitsdienst bis zum Beginn des neuen Etatsjahres am 1. April 1933 55 Millionen Mark zur Verfügung. Damit ist, wie Dr. Srup erklärte, eine rationellere Bewirtschaftung gewährleistet.

Diese 55 Millionen ermöglichen es, bei einer Ausgabe bis zu 2 Mark pro Kopf und Arbeitstag, etwa 50 Millionen Tagewerke im freiwilligen Arbeitsdienst auszuführen.

Von den Wochen des strengen Winters, in denen die Kunden arbeiten erschwert sind, abgesehen, würden sich zum Beginn des neuen Haushaltsjahres durchschnittlich 200 000 arbeitswillige beschäftigt werden können. Da am 1. Juli die Zahl der Arbeitswilligen etwa 70 000 betrug, könne demnach durch die neuen Mittel eine wesentliche Steigerung erreicht werden. Trotz dieser begründeten Ausdehnung des Arbeitsdienstes werde man sich aber darüber klar sein müssen, daß die Not des kommenden Winters noch darüber hinaus Gegenstand erster Anstrengungen und lebhafte Sorge sein müsse. Bei der praktischen Ausführung des Arbeitsdienstes, schloß Dr. Srup, werde es vor allem auf die verantwortungsvolle Mitarbeit aller bisher im freiwilligen Arbeitsdienst erfolgreich tätig gewesenen Verbände ankommen. Mit ihnen zusammen soll auf Grund der Erfahrungen der nächsten Monate

die Frage des weiteren Ausbaues des Arbeitsdienstes geprüft werden. Danach würde dann der Reichsregierung das gewünschte Gutachten über die Frage erstattet werden, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht für Deutschland geboten ist.

In Ergänzung zu den Ausführungen des Reichskommissars erfahren wir, daß schon auf Grund der ersten Veröffentlichungen über den freiwilligen Arbeitsdienst den beteiligten Stellen eine solche Anzahl von Angeboten aller Art, sowohl an Menschen, wie auch an Material, gemacht worden ist, daß deren Bearbeitung die Arbeitskräfte der beteiligten Stellen fast vollkommen lahmlegen würde. Da aber der Verwaltungsapparat für den freiwilligen Arbeitsdienst so klein und billig wie möglich gehalten werden muß, dient es nur der Sache, wenn solche Angebote sich nicht wiederholen.

**Opernhaus**  
Geschlossen b. mit 20. Aug.

**Schauspielhaus**  
Gastspiel Eugen Klöpfer und Ensemble:  
Michael Kramer  
Drama von Gerhart Hauptmann  
Michael Kramer Klöpfer  
Michael Kramer Klöpfer  
Arnold Kramer Schiller  
Lechmann Kertis  
Fran Lechmann Danhoff  
Lise Bösch v. Palm  
Assessor Schabel Schabel  
Bismarck Zehn Jahrlang  
v. Kranheim Straß  
Quantmeyer Jakob  
Krause Klöpfer  
Ende gegen 11 Uhr  
Bühnenverleih. 830-880  
und II. 151-400  
Hl. Magdalena

**Die Komödie**  
1/4 Der Meisterbauer  
Schwartz u. Carl Mathes  
Biedelbach Wenz  
Adelheid Bergmann  
Fritta Fugard  
Lotte Pöhlert  
Hecht Othert  
Wippertling Kertis  
Amalie Schönlank  
Coletta Corolani Schönlank  
Bredenbach, Meisterbetr  
Rater  
Rosa Fritsch  
Ende nach 11 Uhr  
Volksbühne: 438-475  
Bühnenverleih. I. 3201-360  
und II. 401-430  
Hl. Der Meisterbetr

**Central-Theater**  
1/4 Variete-Vorstellung  
Allabendlich  
8 Variete-Vorstellung

**Residenztheater**  
Allabendlich  
8 Variete-Vorstellung

**Veranst.** i. d. Residenz  
Zell. Dr. W. Schönlank  
Dresden: I. 3. Residenz  
Dr. Schönlank, Dr. b.  
— alle das Theater in  
— Stellung infolge  
— Orchest. Vertriebs  
— Orchest. Vertriebs  
— aus einem infolge  
— unmöglich wird, bei  
— Theater kein, Unir  
— Nachlieferung über  
— schreibe des Vertriebs  
— Des besitz, Unir  
— umfasst 14 Seiten.